

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.
Redaktion: Breslau 1, Nikolajstr. 49/50. — Tel. Ring 8737

Schlesische

Kannonen-Expedition: Breslau 2, Gottschalkstr. 18.
Telefon (für Inserate): Ring Nr. 8120 und Ohle Nr. 1159.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Wochenpreis: Durch den Brief 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Nr. 23885
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Abzugspreis: Die Spaltenbreite beträgt 100 mm, die Spaltenhöhe 200 mm.
Die Spaltenbreite beträgt 100 mm, die Spaltenhöhe 200 mm.
Die Spaltenbreite beträgt 100 mm, die Spaltenhöhe 200 mm.

Wiederum Proletarierblut vergossen!

Taktische Fragen.

Von Paul Levi.

In der „Roten Fahne des Ostens“ setzt sich ein Genosse mit taktischen Problemen auseinander, die er eigenartig formuliert. Er untersucht die Frage, ob in der Vergangenheit die Passivität gewisser Parteinstanzen oder die Ausrufung der Räterepublik Stillschaltung der geringeren oder der größeren Fehler gewesen sei und ob in einer gewissen Situation, die wer weiß wann und wie entstehen könne, es zweckmäßig sei, eine Räterepublik Ostpreußen auszurufen. Die Erörterung dieser Frage ist zweifellos eine, die vom theologischen Standpunkt aus das höchste Interesse erfordert; denn die Frage, ob die lästige oder die tätige Sünde die größere sei, ist bereits vom heiligen Thoma von Aquino mit Erfolg erörtert worden und ebenso die Frage, ob ein im Mutterleibe ruhendes Kindlein ein Nagelein oder ein Bublein werden möge. Kein größeres und kein geringeres Interesse bietet augenblicklich die Frage, die jener Genosse im Artikel der „Roten Fahne des Ostens“ erörtert.

Biel konkreter sind vielmehr die Fragen, an die die Partei in der nächsten Zeit wird herangehen müssen. Die Partei ist zu einer Massenpartei geworden und, was ganz klar ist: sie kann durch diese Tatsache allein noch nicht selbstherrlich und ohne Rücksicht auf andere proletarische Schichten über die Geschichte der deutschen Revolution verfügen. Denn selbst jetzt als Massenpartei ist die K. P. D. innerhalb der Proletarier noch immer eine Minderheit. Solange also die Zuspitzung der Verhältnisse in Deutschland noch so ist, daß die Massen unmittelbar in den Kampf treten, ist es Pflicht der Kommunisten, den Massen, die ihnen fern stehen, in irgend ein Verhältnis zu kommen: nicht nur rein propagandistisch an sie heranzutreten, sondern zu versuchen, sie in Aktionen zu lehren, ihr Interesse durch den Kampf wahrzunehmen. Es ist in Deutschland nicht so einfach, wie es beispielsweise in Rußland war, in jenem Verhältnis zu den Massen, die außerhalb der kommunistischen Partei stehen, zu kommen. In Rußland war ein Boden, auf dem über alle Parteitrennung hinweg die proletarische Klasse als solche sich zusammenschloß, es waren die Arbeiterräte. Arbeiterräte gibt es nunmehr vorerst in Deutschland nicht mehr und so muß die kommunistische Partei mit allen Mitteln versuchen, den Kontakt mit der proletarischen Klasse als solche herzustellen.

In diesem Zusammenhang wird der von uns immer wieder betonte Gedanke klar, daß es eine Lebensfrage für die kommunistische Partei sei, in Verbindung mit den gewerkschaftlich organisierten Massen zu bleiben und in diesem Sinne wird auch klar, weswegen wir mit einer gewissen Starrheit und Festigkeit auf die Herausbildung einer im strengsten Sinne des Wortes kommunistischen Partei in Deutschland gesehen haben. Denn das Sichzusammenfinden mit den Arbeitermassen, die heute noch nicht Kommunisten sind, ist ein Zusammenfinden mit Arbeitermassen, die heute rechts von uns stehen. Die kommunistische Partei kann, ohne die Gefahr, selbst Schaden zu nehmen, an diese Arbeitermassen nur herantreten, wenn sie in sich stark, ihrer selbst sicher und fest gefügt ist, d. h. wenn sie von oben bis unten kommunistisch ist. In diesem Sinne wird es auch verständlich, weswegen wir durchaus nicht in der etwas scharfen Formulierung, in der manche Genossen sie verteidigten, die These vertreten: „Nach „Links“ die offene Hand, nach Rechts zwei Fäuste!“ Nach „Rechts“ zwei Fäuste haben wir lediglich zu zeigen den Arbeiterführern, den Verrätern, den Sozialpatrioten und Sozialpassivisten. Es ist aber durchaus nicht richtig, die proletarischen Massen, die heute noch rechts von uns stehen, mit weniger Eifer und mit weniger Geduld zu behandeln, als wir die proletarischen Klassenengenossen behandeln, die glauben links von uns zu stehen.

Gerade aber mit Rücksicht auf jene Arbeitermassen, die rechts von uns stehen und die unser Retterungsgebiet sind, war und ist es notwendig, daß wir unsere kommunistischen Grundsätze klar und eindeutig vertreten und daß wir das alles abtun, was uns, ohne daß es kommunistisch wäre, doch in den Augen und in den Symptomen der großen proletarischen Masse gescheitert hat. Nach

Er mordung eines Kommunisten.
Die „Rote Fahne“ meldet aus Hamburg: In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember ist der Genosse Paul Hoffmann in Flensburg von weißgardistischen Mördern gemordet worden.

Ein Spieß mit Namen Paul Reichert wollte den Genossen Hoffmann zwingen, für ihn Verlechte über kommunistische Versammlungen abzufassen. Als Genosse Hoffmann dies ablehnte, erschien der Reichert in Begleitung von Sipomannschaften in seiner Wohnung. Die Wohnung wurde gewaltsam aufgebrochen, der Genosse Hoffmann verhaftet und im Auto nach der Kaserne gebracht.

Am nächsten Morgen bekam die Frau Hoffmann in der Kaserne die Leiche ihres Mannes zu sehen. Der Führer der Weißgardisten, Major Plüskow, suchte die Ermordung Hoffmanns mit den üblichen Lügen zu rechtfertigen. So wurde behauptet, Hoffmann habe einem Wachtmeister, der ihn in den Kasernenhof transportieren sollte, einen Stoß vor die Brust gegeben, um entfliehen zu können. Darauf habe die Beleitmannschaft nach dreimaligem Halt rufen zwei Schüsse abgegeben. In demselben Augenblick seien ein paar Schüsse aus der Kaserne gefallen.

Das Ganze soll sich um 6 Uhr morgens abgespielt haben. Die Wunden, die Hoffmann am Hals hatte, lassen deutlich erkennen, daß die Schüsse aus der Nähe abgegeben worden sind. Dadurch ist die Geschichte von dem „Fluchtversuch“ von vornherein als Lüge gekennzeichnet.

Der weiße Schrecken wütet in der vollendeten Demokratie Eberts ohne Unterlaß. Kommunisten werden gemordet, gepeht, eingesperrt. Die Mörder und Justizhüter der Bourgeoisie bleiben straffrei und werden für ihren Dienst belohnt.

Bei der Beerdigung Tote und Vermundete.

W.D. meldet aus Flensburg, daß es anläßlich der Beerdigung des ermordeten Kommunisten Hoffmann zu Unruhen kam, bei denen auf die Beerdigungsteilnehmer scharf geschossen wurde. Die Verluste betragen 7 Tote und 22 Vermundete.

Wir kommen noch näher darauf zurück.

Gegen kapitalistische Willkür und Orgeß.

Aus Hamburg kommt die Nachricht, daß die Direktion der Thyssen-Hütte einen Vorstoß gegen die Belegschaft zur Vereinfachung des Achtstundentages unternommen hat. Aus dem Verhalten der Leitung des Werkes geht klar hervor, daß diese die Arbeiterklasse provozieren wollte. Mit Zustimmung des Reichskommissars Mohlich bildete die Direktion eine „Werkswehr“ von 450 Mann. Daraufhin sind die 1500 Arbeiter der Hütte in den Streik getreten. Weitere Einzelheiten fehlen noch. Jedoch geht bereits aus dieser Meldung hervor, daß das Unternehmertum seine ganze Taktik darauf einrichtet, durch Einzelangriffe einen Teil des Proletariats nach dem anderen zum Kampf zu provozieren und auf die Straße zu treiben.

Eine am 30. Dezember sofort zusammenberufene Funktionärskonferenz sämtlicher Parteien und Gewerkschaften von Groß-Hamburg nahm eine Entschliebung an, die den streikenden Arbeitern der Thyssen-Hütte die vollste Sympathie ausspricht, ihnen weitgehendste Unterstützung zusagt und einstimmig festsetzte, daß das Vorgehen der Thyssen-Direktion ein Schlag gegen den Achtstundentag ist. Weiter wird sofort die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz (aller Richtungen) des gesamten Industriegebietes verlangt, um zu dem immer schrofferen und frecheren Auftreten der Reaktion und der U-tati seit der Regierung gegenüber der Orgeß Stellung zu nehmen.

Man kann sich den Forderungen der Hamburger Funktionäre nur anschließen. Doch werden solche Aktionen stets zum Scheitern verurteilt sein, wenn sie nur von einem Teil der Arbeiterklasse getätigt werden. Es muß unsere Aufgabe sein, im ganzen Reich im größten Maßstabe die Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter zu propagieren. Die Arbeiterklasse muß durch sie die Bewegung zurande bringen, die das gesamte Proletariat in den Kampf führt gegen die Reaktion und ihre offenen und verkappten Helfershelfer. Den

Bearbeitern muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß in ihre Hand die Macht gegeben ist, die das Wirtschaftsleben und damit auch den gesamten Staatsapparat beherrscht. Wenn sie einheitlich und geschlossen Front machen gegen Orgeß und Einwohnerwehren und sich von ihrer Forderung der Entwaffnung dieser konterrevolutionären Gärden nicht abbringen lassen, wird die gesamte Arbeiterschaft bereit sein, sie aktiv zu unterstützen und die Regierung auf die Knie zu zwingen.

Forderungen der sächsischen Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dem Vernehmen nach haben die Gauleitungen Dresden, Leipzig und Zwickau des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erklärt, daß die jetzigen Tariflöhne den Verhältnissen nicht mehr entsprechen, und den Tarifausschuß des Verbandes beauftragt, mit dem Verband sächsischer Gemeinden über eine Lohnerhöhung von 75 Pf. pro Stunde ab 1. Januar 1921 an alle Arbeitergruppen in Verhandlungen einzutreten.

Groeners Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Ueber die Verhandlungen, die am 29. Dezember 1920 zwischen dem Verkehrsministerium und dem Sechzehner-Ausschuß der Eisenbahner stattfanden, berichtete die bürgerliche Presse kaum mehr, als daß sie auf den 3. Januar vertagt seien. Wir sind heute in der Lage, über die Verhandlungen vom 29. Dezember ein paar interessante Einzelheiten berichten zu können. Danach spiegeln sich am Verhandlungstisch keineswegs die realen Machtverhältnisse wieder. Ueberall im Reich sind die Eisenbahner zum Streik entschlossen. Die Position der Regierung ist dadurch ins Wanken geraten. Bei den Verhandlungen aber ist Herr Verkehrsminister Groener der starke Mann. Er hatte sich am 29. Dezember zu seiner Unterstützung den bekannten reaktionären Staatssekretär Stieler vom Reichsverkehrsministerium mitgebracht. Die Verhandlungen leitete er damit ein, daß er erklärte, ein Streik der Eisenbahner werde ihn zum schärfsten Gegner der Eisenbahner und ihrer Organisation machen. Er sei entschlossen, dem Streikfever den Garaus zu machen.

Nach dieser drohenden Einleitung Groeners erklärten sich die Vertreter der Eisenbahner bereit zu allen Verhandlungen, die „das Schlimmste verhüten“, um dann doch schüchtern zu erklären: „treibt es die Regierung aber bis zum äußersten, dann werden wir konsequent den Streik durchführen.“ Groener brach darauf die Debatte über die Streikfrage ab unter Hinweis auf eine Entscheidung des Reichstages, die er am 19. Januar herbeizuführen gedenke.

Die Forderungen der Eisenbahner wurden nicht als geeignete Grundlage zu Verhandlungen angesehen. Diesen Teil der Attacke gegen den Sechzehner-Ausschuß hatte der Staatssekretär Stieler zu führen. Er vertrat den Grundsatz, auf den bisher die Staatsmacht ihre Herrschaft des Beamtenapparates basierte: Teile und herrsche! Möglichst viele Rang- und Gehaltsklassen zu schaffen und sie dann gegeneinander auszuspielen war ja bisher üblich. Er machte dem Sechzehner-Ausschuß den Vorwurf, daß er bereits zum Streik rüfte. Groener forderte, daß die Pressekampagne abflaute. Er will also seinen Gegner mürbe machen, bevor er sich mit ihm auf ernsthafte Verhandlungen einläßt. Aus dem Verlauf der Sitzung ging hervor, daß Groener versucht, durch ein möglichst aggressives Vorgehen den Sechzehner-Ausschuß aus seiner Interessensvertretung der Eisenbahner zu einem gefügigen Werkzeug der Regierung zur Niederhaltung des Kampfwillens der Eisenbahner zu machen.

Das deutsche Proletariat hat auf diesem Gebiet schon unzählige viel traurige Erfahrungen gemacht. Schärfstes Mißtrauen gegen seine Führer ist notwendig.

Streik an der Südbahn im Grazer Bezirk.

Graz, 4. Januar. Montag nacht hat der Streik sämtlicher Angestellten der Südbahn, mit Ausnahme der Beamten, begonnen. In Graz selbst haben sich die Staatsbahnangehörigen, ebenfalls mit Ausnahme der Beamten, dem Vorgehen der Südbahnangestellten angeschlossen. Die Streikenden erschienen an ihren Arbeitsstätten, verrichteten aber keine Arbeit. Der Verkehr von Wien aus geht nur bis

12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

dieser Richtung hin war außerordentlich bezeichnend ein Artikel, der in diesen Tagen im „Vorwärts“ von einem Berliner Betriebsrat, der politisch zur S. P. D. gehört, geschrieben war. Dieser Arbeiter ist seinem Empfinden nach zweifellos revolutionär. Er empfindet die gegenwärtigen Verhältnisse als ebenso unerträglich, wie sie irgend ein R. N. Mann, der sich für mehr revolutionär hält, empfindet, und sein dunkles Gefühl, daß irgendwas etwas geändert werden müsse, bricht in jeder Zeile, die er schreibt, durch. Und trotzdem kennt dieser Arbeiter in seinen Zeiten eigentlich keine andere Forderung als die: Kampf gegen die Kommunisten! Dieser Zustand kann nicht nur herbeigeführt sein durch die verheerende Sprache des „Vorwärts“ und durch alle Lügen und Niederträchtigkeiten, die uns die Heine und Roske nachgesagt haben, sondern dieser Zustand, der schließlich bedauerlich ist, ist zweifellos zum großen Teile mitverschuldet durch gewisse, gar nicht kommunistische Akteure, Äußerungen, Methoden usw., die ganz zu unrecht der früheren kommunistischen Partei und dem Kommunismus von jenen Arbeitern zur Last geschrieben worden sind.

Diese Arbeitermassen zu gewinnen, ist jetzt unsere Aufgabe; sie zu gewinnen mit den Mitteln, von denen wir oben sprachen. Wir dürfen uns nicht scheuen, trotz ausdrücklicher Betonung, daß wir Kommunisten und nicht gesonnen sind, uns vom Kommunismus etwas abhandeln zu lassen, doch über parteipolitische Gegensätze, über verschiedene geschichtliche und politische Auffassungen hinweg uns mit ihnen zusammenzufinden zu gemeinschaftlichen Aktionen. In diesen Aktionen wird die kommunistische Partei das Schiff sein, das sich auf das hohe Meer hinauswagt. Deswegen, weil diese Stürme und diese Wogen kommen, glaubten wir, daß das Schiff des Kommunismus fest sein müsse und daß es nicht Sprünge haben dürfe im eigenen Bau. Und weil wir glaubten, daß dieses Schiff nunmehr fest gezimmert ist, deswegen glauben wir auch jetzt uns auf die hohe See wagen zu dürfen.

Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

4. (letzter) Tag. Berlin, den 8. Dezember 1920.

Genosin Adermann-Köln. Eine besondere Behandlung verdient die Frage des Frauenberufs. Viele Genossen haben es noch nicht gelernt, daß auch für die Frau die gleiche Parole: gleiche Leistung — gleicher Lohn, maßgebend ist. Für die Ausmerzung dieser falschen Einstellung müssen wir Sorge tragen. Von Bedeutung ist auch jetzt noch, daß viele Genossen, die politisch tätig sind, die Frauen aus der politischen Tätigkeit herausdrängen. Erst die politische Tätigkeit führt zur Entwicklung der Fähigkeiten der Frau. Abgemühten müssen es sich aber unsere Genossen, in Sitzungen den Spießbürger hervorzukehren, wenn Frauen sie einmal genau so rüffeln, wie es ihre Kollegen sonst tun, denn Mann und Frau müssen Schulter an Schulter im proletarischen Befreiungskampf stehen.

Greiner-Jagenheim. Auch ich muß auf das religiöse Leben der Frauen eingehen. Die Kirche ist das Mittelalter der Kultur, ihre Bekämpfung eine Notwendigkeit. Der Religiösität der Kirche stellen wir die religiöse Kraft in uns gegenüber. Von Bedeutung ist die Frauenfrage in Hinsicht auf die Erziehung in der Zukunft. Die Grundlage der proletarischen Kultur ist die proletarische Macht. Im Kommunismus finden wir den Weg zur Vervollkommenung der Menschheit.

Schrabel-Dresden. Bei der Behandlung der religiösen Fragen des Kommunismus ist von Bedeutung die Frage des freireligiösen Religionsunterrichtes. Wir Lehrer müssen leider sehr oft bemerken, daß wir hierbei von den Arbeitern völlig im Stich gelassen werden. Nach Übernahme der Macht durch das Proletariat werden wir auch zu einem Erziehungsprogramm kommen.

In ihrem Schlusswort befürwortete Genosin Zeitlin den von Beria Braunschweig eingebrachten Antrag. Sie schildert die Richtung der Arbeiterfrage und die Forderung für Kultur und Arbeit in Sowjetrußland. Der Kampf um den Kommunismus ist nicht nur ein Kampf um eine Wirtschaftsordnung, sondern auch ein Kampf für eine neue Moral. Wir müssen nicht nur gegen die Gewalten der Bourgeoisie kämpfen, sondern auch in jeder Stunde den Kampf gegen die Ueberrumpelung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in unserer eigenen Brust führen. In diesem Sinne wollen wir alle Männer und Frauen, gemeinsam kämpfen, beiseit von dem Glauben, den die Worte Freiligrubers spiegeln: „Was schreit ich jauchzend durch die Welt, — Auf meinen Schultern trau und breit, — Ein neuer Sankt Christophorus, Trag ich den Geist der neuen Zeit. Ich bin der Riese, der nicht wankt, Ich bin, von dem zum Siegesfest Ueber den wunden Strom der Zeit Der Heiland Geist sich tragen laßt!“

(Langanhaltender härmlicher Beifall.) Hiermit wird zur Wahl der zentralen Körperlichkeiten geschritten.

Gen. Zeitlin begründet folgende Resolution: 5000 Arbeiter und Kommunisten sitzen als Gefangene in den Gefängnissen der polnischen demokratischen Republik. Schläge, Martern, rühmliche und moralische Isolieren sind von der polnischen Bourgeoisie zu einem brutalen System angewendet worden, das tagtäglich gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter angewandt wird. In den Gefängnissen der polnischen Republik sitzen die besten Führer, die jahrelange Tätigkeit an der Spitze der Arbeiterbewegung fanden, die Kader der Partei- und Gewerkschaftsorganisationsarbeit.

Die polnische Bourgeoisie, die langsam verfaßt, will die kommunistische Partei, um die sich alle aufrichtig revolutionären Kräfte sammeln, durch langsame Morden zerrumpeln. Die polnische Bourgeoisie zittert vor der Macht der kommunistischen Partei.

Alle das geschieht in einer demokratischen Republik, deren Vizepräsident der Sozialpatriot Dąziński ist. Der Gründungsparteitag der kommunistischen Partei Deutschlands brandmarkt vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit diese barbarischen Greuelstaten der polnischen Bourgeoisie und Junkerschaft und ihrer sozialpatriotischen Lakaien.

Die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands reicht den Kähnen und treuen proletarischen Kämpfern, die die Bourgeoisie Polens foltert und langsam mordet, die Bruderhand. Die deutschen Kommunisten geloben, alles, was an ihnen liegt, zu tun, damit der Tag beschleunigt werde, an dem die polnische Bourgeoisie, die polnischen Junker und ihre sozialpatriotischen Handlanger zu Boden geschmettert werden.

Ferner wird eine längere Rundgebung des Parteitagess an die Beamten, die wir sofort veröffentlichen werden, einstimmig gebilligt. Verschiedene Anträge, die noch unerledigt geblieben sind, werden der Zentrale überwiesen.

In einer kurzen Schlußansprache weist der Vorsitzende auf die Bedeutung dieses Parteitagess hin. Wir haben in diesen Tagen eine große Arbeit geleistet, indem wir die Grundlagen der Partei schufen, deren Aufgabe es ist, den Kapitalismus zu stürzen. Aber eine noch größere Arbeit ist jetzt zu leisten, die Beschlüsse des Parteitagess in die Tat umzusetzen, die Massen für uns zu gewinnen und für die Aktion, die heute eine brennende Notwendigkeit bedeutet. Wir wollen in dem Geist der großen Toten der deutschen Revolution (die Delegierten erheben sich von den Plätzen) unserer Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den Kampf führen, die große Aufgabe lösen, die von der Geschichte der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands gestellt ist. — Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Schlußworte unseres Manifestes in Erfüllung gehen mögen:

„Das Banner der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands wird von nun an überall dort wehen, wo das Proletariat kämpft, und es wird die Fahne seines Sieges sein. Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die kommunistische Internationale! Es lebe die deutsche Räterepublik!“

Nach einem begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch sangen die Delegierten und die Zuhörer auf den Galerien die Internationale.

Dann wurde der Parteitag geschlossen.

Internationale.

Der 8. allrussische Sowjetkongress.

Ueber die nächsten Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete referierte der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates, Rykow:

Seit dem Anfang des Krieges ist die Produktivität nicht nur in Rußland, sondern auch in den kapitalistischen Ländern gefallen. Seit Mitte dieses Jahres ringt die Sowjetwirtschaft an, sich zu verbessern. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung liegen die Dinge so, daß wir bis zum 1. Dezember 1 1/2 Millionen Arbeiter mit erhöhten Rationen versorgen konnten. Nach dem 1. Dezember ist die Zahl der mit erhöhten Rationen Versorgten auf 2 1/2 Millionen gestiegen. Es war notwendig, vor allem die wichtigsten unentbehrlichen Teile unserer Wirtschaft zu bedenken. Diese Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln geschieht unter der strengsten Kontrolle der Gewerkschaften, wodurch die ungehinderte Versorgung der Arbeiter gewährt wird.

Der Verbrauch an Heizmaterial für die Eisenbahnen und die Industrie in den zehn Monaten des laufenden Jahres war 6 1/2 mal größer als der Verbrauch im ganzen Jahre 1919. An Holz gewonnen wir in diesem Jahre zweimal soviel wie im vorigen. In den zehn Monaten dieses Jahres hat die Wirtschaft Sowjet-Rußlands schon 250 Millionen Rubel Kohle erhalten. Aserbeidschan hat der Republik 116 Millionen Rubel Kohle geliefert. Das war die erste Menge, die wir seit zwei Jahren erhalten haben.

Die Erhebung der Rindländer hat uns viel Rohstoffe geliefert, mit denen wir die Seifenfabriken, Wollwebereien und Delchlagerien beliefern haben. 3 Millionen Rubel Baumwollspinnerei sind schon in den Fabriken. Von den 7 Millionen Spinnstühlen, die sich in unseren Fabriken befinden, werden bis Ende 1921 70 Prozent arbeiten. Um alle Fabriken in Betrieb zu setzen, müssen wir 5 Millionen Rubel Baumwolle jährlich gewinnen.

Anfangs haben wir von fertigen alten Borräten gelebt, dann haben wir an Fabrikräten zu verarbeiten, jetzt sind wir schon an die verstärkte Gewinnung von Rohstoffen gegangen. Die Erhebung und der Abbruch des Feindes wird die Möglichkeiten geben, die Kader der Arbeiter in Stadt und Land durch die demobilisierten Rotgardisten anzusammeln. Jedoch gibt der Aufschwung der Produktion keinen Grund zur Beruhigung. Sogar die vollständige Ausführung des vorgelegenen Programms gibt kaum den nächsten Teil der benötigten Menge an Gütern. Das gleiche ist auch in den anderen Gebieten der Produktion der Fall. Im Jahre 1921 werden wir ohne Borräte arbeiten müssen. Es ist notwendig, aus den unerschöpflichen Bedürfnissen die wichtigsten herauszuheben.

Das Donez-Bassin leidet unter dem Mangel an Lebensmitteln und technischen Borrätungen, die früher aus dem Ausland kamen. Jetzt ist alles verbraucht und jezt. Der Krieg ergab die Kosten für den Bau von 600 Millionen Rubel. Der Wirtschaftspol für 1921 hat eine Ausbeute von 450 Millionen Rubel vorgezogen, d. h. 75 Prozent der Ausbeute vor dem Kriege. Der Kongress muß beschließen,

die Ausbeute auf 600 Millionen Rubel zu vergrößern. Man muß den Bergarbeitern Lebensmittel geben und Maschinen aus dem Ausland besorgen.

Im Ural fehlt es an anderen Dingen. Für die 300 000 Pferde, die Erze und Heizmaterial transportieren, werden Futtermittel gebraucht. Es ist auch unbedingt notwendig, die metallurgische Industrie im Ural mit technischen Borrätungen zu versehen, kleine Eisenbahnen zu bauen, damit man bei der Bearbeitung von Erzen statt Holz Kohle gebrauchen kann.

Mit flüssigem Heizmaterial ist unsere Wirtschaft durch die Borräte in Genu und Grosny versorgt. Ueber die Elektrifizierung referierte Kryzanowski: Die russische Landwirtschaft war immer rückständig. Schon vor dem Kriege waren Missetaten und Hungersnöte bei uns an der Tagesordnung. Die technische Bearbeitung des Bodens mit Hilfe der Elektrizität wird uns erlauben, den fehlerhaften Kreis zu sprengen. Die Bezirke, die durch die Dürre leiden, werden bewässert werden. Die Bezirke, die Ueberfluß an Feuchtigkeit haben, werden durch die Elektrizität getrocknet werden. Schon die Trockenlegung der Moore kann uns in den nächsten Jahren 30 Millionen Desjatinen vorzüglichem Bodens geben. Die Elektrifizierung wird den Bodenertrag außerordentlich heben. Die Erhöhung der Ernteerträge wird es ermöglichen, die ganze städtische Bevölkerung Sowjet-Rußlands zu ernähren.

Bei der Wiederherstellung des Transports spielte die Elektrifizierung eine außerordentliche Rolle. Es handelt sich vor allem darum, große Transportwege zu bauen, um große Massen befördern zu können. Die Elektrifizierung wird es uns ermöglichen, unsere schwachen Eisenbahnlinien leistungsfähig zu machen.

Wir sind sehr arm an Metallen. Die Anwendung der elektrischen Energie ist der einzige Weg, um die nötigen Metalle zu gewinnen. Die ganze Elektrifizierung ist auf 10 Jahre berechnet. Sie wird die Wunden des Krieges heilen, das Wirtschaftsniveau Rußlands auf das Doppelte des vor dem Kriege erhöhen. Die Energie, die die einzelnen Stationen geben werden, gleicht der Arbeit von 16 Millionen Menschen.

Es sind 27 elektrische Stationen vorgesehen. Die erste Station wird im wichtigsten Gebiet Sowjet-Rußlands, im Donez-Bassin, gebaut.

„Ein großes Wagnis.“ (Kosta Wien.) Stokkiff schreibt in der „Izwestia“, daß die erste Aufgabe des Sozialismus eine ungeheure Steigerung der produktiven Kräfte sei. Diese Aufgabe konnte in der ersten Periode der Revolution nicht erfüllt werden, da die Selbstverteidigung die ganze Konzentration in Anspruch nahm. Jetzt sind wir am Beginne der Periode eines ausbreitenden sozialen Aufbaues und das Proletariat muß diese wichtige Aufgabe erfüllen. Durch einen kühnen Angriff haben wir das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft, das die Entwicklung der produktiven Kräfte gehemmt und schließlich unterdrückt hat. Die Bourgeoisie hat sich die Dampfkraft zu Diensten gemacht, doch auch diese konnte sie nicht im vollen Umfange ausnützen, da ihre eigenen Eigentumsrechte sie daran hinderten. Die arbeitende Klasse aber hat diese Hindernisse aus dem Wege geräumt und der Menschheit weite Perspektiven in bezug auf die Steigerung der Produktionsfähigkeit eröffnet. Der erste große Schritt in dieser Richtung ist der Versuch, die Elektrizität auszunützen.

Die Kommunistenheke in Rumänien. (Kosta Wien.) Der weiße Terror wird immer unerträglich. Den Sozialisten ist es direkt unmöglich, legal tätig zu sein, während die illegale Aktivität den revolutionären Proletariern jetzt deshalb schwer fällt, weil das ganze bisherige Leben der sozialistischen Partei auf Nichts beruhte. Mit einem Schlage ist eine Partei von über 100 000 Mitgliedern und ein Gewerkschaftsbund von über 300 000 Mitgliedern ohnmächtig geworden. Die Führer sind zu 5—10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und die neuen Führer schließen, um die Partei überhaupt als solche bestehen zu lassen, Kompromisse und geben sich einer abhässlichen opportunistischen und konterrevolutionären Politik hin, deren Hauptmotiv natürlich das ist, die eigene Haut zu schützen. Die noch in Freiheit verbliebenen Abgeordneten nehmen im Parlament eine noch weit milderere Haltung ein, als die Deputierten der bürgerlichen Opposition.

Der weiße Terror in Südslawien. Belgrad, 4. Januar. (Südslawisches Pressbüro.) Der Ministerrat hat beschlossen, alle kommunistischen Organisationen aufzulösen und die strengsten Maßnahmen gegen die bolschewistische Propaganda zu treffen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist an allen Straßenecken Belgrads eine von familiären Ministern unterschriebene Bekanntmachung erschienen, die anordnet: „zur Lösung der Verfassungsfrage durch die Konstituante wird jede kommunistische und andere destruktive Propaganda verboten, ihre Organisationen aufgehoben, ihre Versammlungsstellen geschlossen, das Erscheinen ihrer Blätter sowie anderer Schriften verboten. Anrufe zum Generalstreik sollen sogleich beschlagnahmt werden. Die Anzeigepflicht für Waffen und sonstige Explosivstoffe wird eingeführt.“ Während der Tagung der Konstituante ist jede Rundgebung destruktiven und aufrührerischen Charakters in Belgrad verboten. Verdächtige Fremde werden aus dem Königreich ausgewiesen. Alle Staatsbeamten, welche sich an kommunistischer Propaganda beteiligen, werden entlassen. Den kommunistischen Universitätslehrern werden die Staatsstipendien entzogen. Die Uebertreter dieser Anordnung werden dem Militärgerichte übergeben und strengstens bestraft.“ In einer Bekanntmachung begründet der Ministerrat seine die von Erlaß des Rosteturkes und Scharfshareri nichts

nachgibt, damit, daß die Behörden in letzter Zeit vielfach aus zuverlässigen Quellen in Kenntnis gesetzt worden sind, daß zersetzende und revolutionäre Elemente eine bewaffnete Auflehnung gegen den Staat, seine Organisation und die gesellschaftliche Ordnung nach Art des russischen Bolschewismus vorbereiten.

Es war nach dem Ergebnis der jugoslawischen Parlamentswahlen, die unseren kommunistischen Genossen einen enormen Erfolg brachten und sie als drittstärkste Partei mit 53 Abgeordneten in die Skupschtschina einziehen ließen, zu erwarten, daß die Bourgeoisie nunmehr mit dem Abbau ihrer eigenen demokratisch-parlamentarischen Hilfsmittel des weißen Terrors Bußflucht nehmen würde, um sich gegenüber den erbitterten Massen der Kleinbauern und Arbeiter behaupten zu können. Wie in den Nachbarstaaten Bulgarien und Italien schreitet auch in Südslawien die revolutionäre Zuspitzung der Klassegegensätze mit jedem Tage fort.

Republik Deutschland

Um Deutschlands Entwaffnung.

Die letzten Tage des abgelaufenen Jahres haben der deutschen Regierung eine Flut von Notizen der Entente gebracht, die sich alle mehr oder weniger mit der Frage der deutschen Abrüstung befassen. Insbesondere eine am lebhaftesten ist der Streit um die Einwohnerwehren entbrannt. Bekanntlich hat die deutsche Reichsregierung als gehorsamer Lausjunge der bayerischen Reaktionäre die sofortige Entwaffnung der Orgeßch in Bayern und Ostpreußen abgelehnt, die von dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission in Deutschland, dem General Rollet, gefordert wurde. Hoffnungsvolle Gemüter unter den deutschen Pazifisten mit Einschluß der Unabhängigen, wiegen sich bereits in der Hoffnung, sich bald mit Hilfe der Entente von der ständigen Drohung der bewaffneten weißgardistischen Organisationen in Deutschland und damit einer großen Gefahr für das deutsche Proletariat befreit zu machen. Sie übersehen dabei völlig die wahren Ziele der herrschenden Klassen in der Entente.

Diese denken garnicht daran, durch eine Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie dem proletarischen Emanzipationskampfe den Weg zu ebnen. Und sie hätten erst garnicht den jarten Wind der deutschen Regierung notwendig gehabt, die die Wiedergutmachungsfrage mit der Entwaffnung der deutschen Reaktion in Verbindung brachte. Die Entente weiß ganz genau, daß sie Wiedergutmachungsleistungen in dem von ihr erhofften Umfang nur dann von Deutschland erwarten kann, wenn hier die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, das heißt also des Proletariats, bis auf das denkbar höchste Maß gesteigert wird. Die Entente hat also ein Interesse daran, alles zu tun, um die deutschen Proletarier zu der geplanten Frontläuberei zu zwingen. Sie braucht zu diesem Zwecke die deutsche Bourgeoisie und sie muß ihr deshalb auch die Mittel gewähren, ihre Aufgabe gegenüber der deutschen Arbeiterschaft erfüllen zu können. Vor allem also hat sie zu verhindern, daß das deutsche Proletariat zur politischen Macht gelangt und dann einen dicken Strich durch irgend welche Ausbeuterpläne macht.

Und aus diesem Grunde ist garnicht daran zu denken, daß die Entente durch ihre Maßnahmen dazu beitragen könnte, den Kampf der deutschen Proletarier gegen Kapitalismus und Reaktion zu erleichtern. Ihre Entwaffnungsforderungen sind deshalb keineswegs wirklich zu nehmen. Zweifellos hat sie ein Interesse daran, ein Wiedererhärten der deutschen Reaktion soweit, daß sie zu einer Gefahr für sie selbst werden könnte, zu verhindern. Ihr Zielzug richtet sich deshalb hauptsächlich gegen die militärische Organisation, zumal der Orgeßch, gegen ihr dauerndes Zusammenarbeiten mit der Reichswehr, das sie zu deren Rekrutierungsanstalt und Reserve macht. Den Charakter der militärischen Organisation will die Entente, will insbesondere Frankreich aus der Orgeßch entfernt haben. Sie soll zwar im Innern Deutschlands gegen irgendwelche Emanzipationsgelüste der deutschen Arbeiter ein schätzenswertes Zwangsmittel für die deutsche Bourgeoisie sein, aber niemals als Werkzeug der monarchistischen Restaurations- und Revanchebestrebungen über die deutschen Grenzen hinaus gefährlich werden können. Und die Frage, wie das erreicht werden könnte, ist letzten Endes der Tenor aller Notizen der Entente in dieser Angelegenheit.

Sehr interessant ist insbesondere die Stellungnahme der chauvinistischen Presse Frankreichs und Englands. Ueber-einstimmend betont sie die Notwendigkeit der Entwaffnung der deutschen Reaktion als Vorbeugemittel gegen eine deutsche monarchistische Auferstehung und als Sicherheit für die Herrschaft eines demokratisch-republikanischen Systems nach dem Muster der großen bürgerlichen Republiken der Welt. Die Entente weiß aber genau, daß die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland gleichbedeutend wäre mit der Vorbereitung des Revanchekrieges. Und weil sie ebenso genau weiß, daß die Orgeßch und ähnliche „Selbstschutzeinrichtungen“ des Bürgertums durchaus monarchistisch orientiert sind, sollen sie nur insoweit bewaffnet bleiben, als das zur Niederhaltung des deutschen Proletariats und damit zur Sicherung des Versailler Friedensvertrages unbedingt notwendig ist.

Im übrigen dienen die neuen Entwaffnungsforderungen der Entente aber auch noch anderen und zwar wichtigeren Zwecken. Das beweist sehr deutlich, zumal die englische Auffassung, die in der Frage des Fortbestandes der ostpreussischen Einwohnerwehren alles Verständnis zeigt. Die Entente braucht nach dem Verjagen Polens einen neuen europäischen Gendarm gegen Sowjetrußland, von dessen dauernder Machtverfestigung nach außen und innerer Konsolidierung sie das schlimmste für den Fortbestand ihrer Welt Herrschaft befürchten muß. Sie hat den Gedanken der gemäßigten Niederringung Sowjetrußlands trotz aller Fehlschläge in seiner bisherigen Praktizierung noch nicht aufgegeben und sucht ihn auf dem Umwege über Deutschland erneut zu verwirklichen. Sie möchte jetzt Deutschland zum Aufmarschgebiet der internationalen Imperialisten gegen den russischen Proletarierstaat machen, wozu

sie natürlich ein Handelsobjekt gebraucht. Sie hat es bereits gefunden: Es besteht in der Zusage des Fortbestandes der deutschen weißgardistischen Organisationen! Für die Hilfe der deutschen Bourgeoisie in dem Kampfe der Weltreaktion gegen Sowjetrußland wird die Entente gern den Preis der konterrevolutionären Rüstung in Deutschland bezahlen!

Es wäre also vollständig falsch, wenn die deutschen Arbeiter auf eine Befreiung der weißen Garben in Deutschland durch die Entente ihre Hoffnung setzen wollten. Nur eines kann ihnen aus der entsetzlichen Verelendung und Verflawung, die sie für den Wiederaufbau des im Weltkriege verfallenen kapitalistischen Systems bezahlen sollen, retten. Und das ist ihre eigene Kraft und Energie! Sie müssen den Selbstschutzeinrichtungen der Bourgeoisie eigene Selbstschutzeinrichtungen entgegenstellen. Und vor allem notwendig ist, die gesamte proletarische Kraft und Macht zu sammeln zur großen entscheidenden Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, zum Kampf um die politische Macht, deren Besitz allein das Proletariat zur Wiederherstellung geordneter Zustände verhelfen und vor dem Verfallen in bauernde Bohne- und Fronarbeit retten kann.

Die hohen Materialkosten.

Meldung: Im Laufe der Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahnbeamten hat der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Staatssekretär Stieler, einige bemerkenswerte Angaben über die Defizitwirtschaft der Eisenbahn und über die Mittel und Wege zur Verbesserung der Finanzlage bei den Verkehrseinrichtungen gemacht. Ein Ueberfluß an Beamten soll danach bei der Eisenbahn nicht vorhanden sein, da infolge des Achtstundentages der Personalbedarf gegen die Friedenszeit um 25 bis 27 v. H. gestiegen sei. Die Ausgaben für Material usw. hätten sich dagegen um das 30- bis 40fache gesteigert, so daß, selbst wenn das rund 1 Mill.

Die sächsischen Kommunisten zur Arbeitslosenfrage.

Die kommunistische Fraktion stellte im sächsischen Landtag folgenden Antrag:

- Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, zur augenblicklichen Linderung der größten Not der Arbeitslosen folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:
1. Es kommt eine Beihilfe von 400 Mk. für ledige und von 600 Mk. für verheiratete Arbeitslose zur Auszahlung.
 2. Die Arbeitslosenunterstützungssätze werden um 100 Prozent erhöht.
 3. Die Renten werden auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet.
 4. Die volle Arbeitslosenunterstützung wird an alle Arbeitslose gezahlt für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit.
 5. Die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung sind von den Unternehmern auf dem Wege des Umlageverfahrens gestaffelt nach der Höhe des Umsatzes und des Reingewinnes der einzelnen Betriebe aufzubringen.

betragende Personal der Eisenbahn keinen Pfennig kosten würde, doch immer noch die Bahn mit Unterbilanz arbeiten würde. Der Staatssekretär bezifferte den Fehlbetrag der Eisenbahn im Augenblick, und zwar ohne die neuen Forderungen der Eisenbahner, auf rund 15 Milliarden im Jahr. Um die Finanzen in Ordnung zu bringen, würde eine Steigerung des Personaltarifs auf 900 v. H. des Friedenspreises, also gegenüber den heutigen Zuständen eine nochmalige Verdoppelung, und ebenso eine Verdoppelung der jetzigen Gütertarife auf insgesamt 1200 v. H. der Friedenssätze notwendig sein. Wie der Staatssekretär ankündigte, sollen bei der Erhöhung allerdings Abschnitte vorgenommen werden unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der unteren Klassen und des lebenswichtigen Güterverkehrs.

Der Sozialdemokrat August Müller — Stinnes-Redakteur.

Unter den neuen Redakteuren der jetzt Stinnes gehörenden „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ befindet sich auch der Herr Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Kriegsenthusiast, Revolutionslaboteur und führendes Mitglied der S. P. D. S. P. D.-Mann und Stinnesredakteur — eigentlich eine ganz normale Sache!

Justiz in der vollendeten Demokratie.

In der „Berliner Zeitung“ wird die Verurteilung einer 71 Jahre alten Arbeiterin durch eine Strafkammer berichtet. Die alte Frau hatte von einem fremden Grabe einen Blumentopf fortgenommen, um ihn mit nach Hause zu nehmen. Sie wurde dabei angehalten, wegen Diebstahls prozessiert und erhält — drei Monate Gefängnis!

Ein Gegenstück von vielen: Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte stand der einst im Reichswirtschaftsministerium beschäftigte Kaufmann Nils Petersen aus Düsseldorf, des „Rettenhandels“ beschuldigt. Er hatte 500000 Paar Schnürschuhe, 100000 Paar Schafstiefel, 50000 Paar Kavalleriestiefel, 150 Paar Geschnitte und 500000 Meter Stoffe verschoben. Für diese Riesenschubungen mit entsprechenden Profiten kam der Biedermann mit 1000 Mark Selbststrafe davon!

Stall und Soudoir.

In einer schlesischen Zeitung stand kürzlich das folgende Inserat:

Polnische Rußstallmädchen zur sofortigen Abnahme stehen in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Aufträge nimmt entgegen der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, Breslau.

So werden Menschen als Artikel angeboten, wenn sie aus dem Stalle kommen. Anders verhält man mit Demu-

Stallgeruch wird durch andere Däfte ersetzt. Ein weiterer Verlag enthält in den Zeitungen folgende Ankündigung:

Soeben erschienen:

Soudoirluft von Olo Allen in künstlichem Japanpapier-Stabband, perforiert mit Lechners „Eternité“. August-Ausgabe, ganz in Seide gebunden.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller
(16. Fortsetzung.)

Nun wird mancher ja sagen: gewiß, die Arbeitsgemeinschaften lehne ich ab. Es gibt auch eine Opposition der Gewerkschaften, die angeblich den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft führt und die sagt: wir sind dabei, die gesamten Gewerkschaften von der Arbeitsgemeinschaftspolitik zu befreien, wir haben schon einige Gewerkschaften, die sich nicht an der Arbeitsgemeinschaft beteiligen. Bald werden wir sie alle haben, da brauchen wir nicht nach Mostau usw.

Was ist daran wahr?

Der Metallarbeiterverband ist ja wohl die „revolutionärste“ Gewerkschaft. Sie hat vor Jahresfrist die Arbeitsgemeinschaften abgelehnt; sie hat vor Jahresfrist sich zum revolutionären Klassenkampf bekannt. Heute hat der Vorstand und Beirat dieses Verbandes den Eintritt in die Arbeitsgemeinschaften vollzogen, indem er den „Eisenwirtschaftsbund“, der gesetzlichen Arbeitsgemeinschaft für die Eisenwirtschaft, beigetreten ist. Der Metallarbeiterverband stellt für diese Körperschaft 15 Vertreter und außerdem dem 2. Vorsitzenden.

Der Vorstand des „revolutionären“ Metallarbeiterverbandes behauptet, der „Eisenwirtschaftsbund“ sei keine Arbeitsgemeinschaft. Diese Behauptung richtet sich von selbst. Jeder Gewerkschafter weiß, daß der 10. deutsche Gewerkschaftskongress sich auf die Arbeitsgemeinschaften festgelegt hat, daß er aber auch klar und bestimmt aussprach, daß in Verfolg der Arbeitsgemeinschaften „zentrale Wirtschaftsorganisationen“ geschaffen werden sollen. Ferner geht aus den Bestimmungen des Artikels 165 der Reichsverfassung klar hervor, daß „Eisenwirtschaftsbund“, „Reichslostenrat“, „Reichswirtschaftsrat“ usw. die gesetzlichen Arbeitsgemeinschaften sind.

Wenn der Vorstand des D.M.V. heute noch behauptet, er sei nicht der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, so ist das eine Lüge, eine Spekulation auf die Dummheit der Arbeiter. Wir glauben aber, darauf werden die Arbeiter nicht hereinfallen.

Auch die Behauptung, es sei den „revolutionären“ Vertretern im Vorstand des A.D.G.B. gelungen, die Gewerkschaften von der Arbeitsgemeinschaft loszulösen, erweist sich als unwahr. Am 6. Juli 1920 tagte der Ausschuß des A.D.G.B. Er nahm Stellung zu dem Beschluß der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 26. Mai 1920. Dieser Beschluß der Arbeitgeber verlangt: den Abbau der Löhne, war somit eine Kampfanfrage an die Gewerkschaften. Der Ausschuß des A.D.G.B., der aus den Vorständen der Zentralgewerkschaften besteht, also einige fünfzig Mitglieder zählt, beschloß gegen drei Stimmen, eine Erklärung, in der es heißt:

„Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß diese Kundgebung eine der stärksten deutschen Arbeitgebervereinigungen aufs tiefste bedauern, da sie der Verständigung zwischen den Organisationen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der Löhne und Gehälter Schwierigkeiten bereitet und in die Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften eingreift. Ein einseitiger Lohnabbau seitens der Arbeitgeber würde Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern heraufbeschwören, die das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitsgemeinschaft unmöglich machen würde.“

(Fortsetzung folgt.)

Provinz.

Neusalz a. D.

An den Brauger! Am Montag, den 13. Dezbr., fand hier eine Sitzung des Demobilisierungsausschusses statt. An dieser Sitzung nahmen als Vertreter der Arbeiterschaft die Gewerkschaftssekretäre Lude vom Textilarbeiterverband und Carl vom Metallarbeiterverband teil. U. a. wurde über eine Vorlage des Leiters des hiesigen Arbeitsnachweises betr. Einstellung der Arbeitslosen verhandelt. Ein Teil der hiesigen Arbeitslosen wird von der Stadt seit 1919 mit Notstandsarbeiten beschäftigt und ein weiterer Teil seit Sommer 1920. Durch den Leiter des Arbeitsnachweises sind in den hiesigen Großbetrieben Stellen freigemacht worden, indem Leute, die Landwirtschaft besitzen, entlassen worden sind. In der in Rede stehenden Sitzung wurde nun beschlossen, zuerst die seit 1919 von der Stadt mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter in den Betrieben unterzubringen, in zweiter Linie die Notstandsarbeiter, die seit Sommer 1920 dort beschäftigt sind, und zuletzt die ganz Erwerbslosen. Es wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß der eine oder andere der Notstandsarbeiter von den Betriebsleitungen abgemietet werden könnte. Da trat vor allem der Sekretär der Metallarbeiter Carl dafür ein, daß es nicht gebuldet werden dürfe, daß Leute nur aus Antipathie zurückgewiesen würden. Am nächsten Tage mußten sich fünf Mann in dem Eisenhüttenwerk „Alle Sütte“ vorstellen, darunter die Gen. Weinert und Köplich. Am folgenden Tage erhielten sie den Befehl, daß von den fünf Mann drei eingestellt würden, der Betriebsrat aber die Einstellung der Gen. Weinert und Köplich abgelehnt habe; dafür wurden zwei andere Arbeiter angenommen. Am 28. Dezbr. derselbe Vorgang in dem Eisenwerk „Rene

Gatte". Auch hier wurden von vier Mann zwei abgewiesen; darunter wiederum der Gen. Weinert. Aus alledem geht doch hervor, daß Gen. Weinert nur wegen seiner politischen Überzeugung abgewiesen worden ist, zumal ein Mitglied des Betriebsrates der „Allen Güte“ ausdrücklich erklärte, sie hätten kein Interesse daran, einen Stänker und Aufwiegler einzustellen.

So handeln Arbeiter gegen Arbeiter und Arbeitervertreter dulden eine solche Handlungsweise.

Langenbielau.

Die treuen Anwälte der Armen und Unterdrückten“ nannte die Breslauer „Vollmacht“ dieser Tage in ihrem Pamphlet gegen uns die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer. Wie es in Wahrheit damit steht, zeigte wieder einmal recht klar die dortige Gemeinderatsitzung vom 20. Dezbr. Im dortigen Gemeindeparlament sind die Mehrheitsler in übergroßer Mehrheit vertreten. Trotzdem nahmen sie mit allen gegen eine Stimme ein Steuerprojekt an, das die Verhältnisse erneut unerträglich belastet. Der „Proletarier“, die angeblich sozialdemokratische Zeitung des betr. Kreises, berichtet darüber:

Nun kam die schwerwiegendste neue Steuer zur Beratung, nämlich die Besteuerung des vom Reiche bei der Einkommenbesteuerung freigelassenen Einkommensanteils zugunsten der Gemeinde. Drei von dieser Steuer sind alleinlebende Personen bis 5000 Mk. Einkommen. Wer mehr hat, muß von dem steuerfreien Betrage von 1500 Mk. eine Gemeindesteuer nach dem jeweiligen Höchstmaß seiner Reichsteuer bezahlen. Eheleute ohne Kinder sind bis 8000 Mk. ebenfalls frei, Eheleute mit einem Kind bis 10000 Mk., dann steigt die Grenze bei jedem weiteren Kinde immer um 1000 Mk. Bei Verheirateten mit und ohne Kinder oder solchen Steuerzahlern, die mehr als 1500 Mk. steuerfrei haben, wird nur die Hälfte des steuerfreien Einkommens zur Gemeindesteuer herangezogen, allerdings auch mit dem Höchstmaß ihrer Reichsteuer. Schrotte Uebergänge sind vorhanden; hat ein Ehepaar mit 1 Kind z. B. 9999 Mk. Einkommen nach Abrechnung aller Abzüge, so braucht es keine Gemeindesteuer zu zahlen, hat es aber 20 oder 50 Mk. mehr, so fällt es unter die Steuer, die in diesem Falle dann gleich 237,50 Mk. beträgt. Die sich in der Praxis das auswirken wird, ist unfaßbar.

Wenn man in Betracht zieht, daß, wie uns unsere dortigen Genossen schreiben, eine ganze Menge schwerreiche Leute am Orte wohnen, die die fehlende Steuer mit Leidig-

keit aufbringen konnten, kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie es mit der „treuen Anwaltschaft der Armen und Unterdrückten“ seitens der Mehrheitsler aussieht.

Wer etwa noch eine andere Steuerart vorschlagen kann, unterbreite sie dem Gemeindevorstande, er wird willkommen sein! — — —

Jammerten dem Zeitungsbericht zufolge die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler. Die Hilflosigkeit dieser „Marxisten“ ist einfach niedlich.

Landeshut.

Zusammengebrochener kommunalisierter Betrieb? Ein Genosse schreibt uns: Infolge grober Unachtsamkeit eines höheren Kommunalbeamten hat sich die Verkäuferin der am Niedertor befindlichen städtischen Milchverkaufsstelle Veruntreuungen in Höhe von 8000 Mark zu schulden kommen lassen. In bürgerlichen Kreisen wird aus diesem für die städt. Körperschaften sehr unangenehmen Vorkommnis der Schluß gezogen, daß der erste kommunali-

stelle vor den Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt gelad. Grund hierfür war ein streitiger Punkt der neuen Arbeitsordnung, der unter anderem besagte: „Das Ausbieten politischer Flugschriften ist im Betrieb verboten.“ Stellung des Betriebsrates hierzu war die, daß das ob erwähnte Ausbieten nur während der bezahlten Arbeitszeit als verboten betrachtet werden könnte. Das Verbot ab während der Pausen, die wir durch die Verhältnisse gezwungen, ohne Bezahlung im Betrieb verbringen müssen, Unrecht besteht.

Von der oben erwähnten Schlichtungsstelle, als dessen Vorsitzender Gewerkschaftssekretär Wierlich fungierte, wurde wir durch dessen Stellungnahme eines anderen befehrt, indem der Vorsitzende sich den Ausführungen des Arbeitgebervertreters vollständig angeschlossen und seine Stellungnahme folgendermaßen hierzu bekundete:

„Da im hiesigen Zeugamt Arbeiter verschiedener politischer Richtungen vorhanden sind (Ausgabe des Arbeitgebervertreter aber nicht bewiesen), so ist das Ausbieten politischer Flugschriften auch während der Pausen mit Recht zu verbieten, denn durch dieselben kann in die Arbeiterschaft Aufregung gebracht werden, die auch noch in die folgende Arbeitszeit wirkt. Die Pausen sind zur Einnahme des Essens da. Geistig betätigen kann sich die Arbeiterschaft zu Pausen nach der Arbeit.“

Der darauffolgende Schiedsspruch, welcher einstimmig erfolgte, entschied zugunsten des Arbeitgebers.

Die „schwere“ Strafe für Wucherer.

Das wird mitgeteilt: Mitternachtsbesitzer Hoepfner hat während seiner 4 wöchentlichen Haft im Kreisrichter Gefängnis (wegen Wucher) täglich seine Frau zum Besuch empfangen dürfen, die ihm dann täglich Pakete mit Essen brachte. Desgleichen war ihm gestattet, täglich Briefe zu schreiben! (Wucherbetrieb im Gefängnis). Ferner wurde ihm täglich die Zelle gereinigt. Der Oberaufseher saß fast den ganzen Tag in seiner Zelle!

Internationales Bünd der Kriegsoffer.

Donnerstag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Forelle, Malerwaße. (Wichtige Tagesordnung. (Sitzgruppe Breslau.)

Genossen!

Leset die kommunistische Räte-Korrespondenz! Die neueste Nummer 18 enthält wichtiges Material für die Arbeiter in den Gewerkschaften und Betriebsräte. Aus dem Inhalt: Die Vorkämpfer der Beamten — Der Kampf der Eisenbahner — Eine neue Streitwelle u. a. Erschließlich in der kommunistischen Bücherei Breslau 1, Gräbnerstraße 45.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Jakob Ullrich; für Inserate: Leichter & Weber. Druck: Buchdruckerei Kästel & Damsel, amlich in Breslau.

Freitag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Sanssouci, Wehlgasse 11.

sierte Lebensmittelbetrieb zusammengebrochen und damit der Beweis der Unbrauchbarkeit in städtische Regie geleiteter Betriebe erbracht sei. So wenig in der Regel ein Privatbetrieb zusammenbricht, wenn trotz fein ausgedachter und gehandhabter Kontrolle Veruntreuungen vorkommen, so wenig wird die Unbrauchbarkeit kommunaler Betriebe durch obigen Fall bewiesen. Ohne den städt. Milchverkauf wäre die Milchversorgung für Kinder und Kranke einfach ausgeschlossen gewesen.

Witales.

Breslau, den 6. Januar 1921.

Der Wierlich.

Ein Genosse schreibt uns:

Am 15. Dezember 1920 war ich als Vorsitzender des Betriebsrates Zeugamt-Breslau auf Antrag meiner Dienst-

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Wenzel König war.
Freitag 7 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.

Lobe-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Chalia-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Widwente.

Schauspielhaus.
Opernabende. 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr:
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Kaiser.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gisela Werbezirk
sowie
4 Perez
die Sensation
des großen
Januar-Programms.

Altmetalle
Jakisch, Neumarkt 26.

Wichtig für Schneider u. Schneiderinnen!
Wichtig für Händler, Hausierer u. Wiederverkäufer!
Maschinengarn, garantiert 200 Meter,
kein Pappe, Rolle nur 2.00 Mk. !!
Versand nach Auswärts per Nachnahme.
Erich Fränkel, Breslau 5. en gros u. en detail
Gräbenerstr. 71 Eingang R. (ehatr. 2
(Hener Laden) Haltestelle der Linie 10 (Gräb-Str.)

„Das schwarze Buch des weißen Terrors“
Herausgegeben vom C.R. der kommunistischen Jugendinternationale.
Preis Mk. 1.50. Für Lagerstätten-Ermäßigung.
Der Reinertrag fließt der „Kriegsrente“ zu.
Bestellungen sind zu richten an den Internationalen Jugendkongress, Berlin C 2, Stralauerstr. 12.

Eine Ergänzung der Beförderungsbefreiungen sind in der nächsten Nummer des Gemeindeblattes veröffentlicht.
Bereitstellung der städtischen Straßenbahn.

Austrägerin
für Nikolaitor gesucht
Expedition des „Schwarzen Arbeiter-Zeitung“.

Inserate haben in der „Schwarzen Arbeiter-Zeitung“ größten Erfolg.

Inventur-Verkauf

Nur vom 3.-9. Januar
Trotz der billigen Preise
beim Einkauf 10% an
10% Rabatt.

- Zwirn 60 St.
- Strickstrümpfen 1.75 St.
- Wollstrümpfen 1.75 St.
- Strümpfen 1.25 St.
- Baumwolle 2.95 St.
- Zocken 6.95 St.
- Stricksocken 7.50 St.
- Unterröcken 7.50 St.
- Damenstrümpfe, Hochknie 8.75 St.
- Winterstrümpfe 9.75 St.
- Unterröcken 10. — St.
- Kinderstrümpfen in allen Größen 15. — St.
- Kragenhemden, Hemden, Strickjacken, Beinkleider besonders billig.

Kaufhaus Berg
Neue Graupenstr. 16
und Weinstr. 9.

Inventur-Verkauf

Beginn:

Donnerstag, den 6. Januar

Trotz bedeutend herabgesetzter Preise

Extra- **20%** Rabatt

R.G. Leuchtag Nachf.

Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik

Nur: Nikolaistraße 8-9.